

Baden-Württembergischer Ministerpräsident Gebhard Müller 100 Jahre alt Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart

Am 17. April 2000 jährt sich der Geburtstag von Professor Dr. Gebhard Müller (1900–1990) zum 100. Mal. Gebhard Müller, Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern (1948–1952), Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1953–1958) und Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1959–1971), war einer der *Baumeister* des Südweststaats und gehörte zu den profiliertesten parteipolitischen Vertretern der Nachkriegsdemokratie in Südwestdeutschland.

Geboren in Füraamoos im Landkreis Biberach als Sohn einer kinderreichen Lehrerfamilie, studierte Müller nach Notabitur und Wehrdienst katholische Theologie, Geschichte und Philosophie an den Universitäten Berlin und Tübingen, ehe er nach dem 5. Semester zu den rechts- und staatswissenschaftlichen Fächern wechselte. Nach Staatsexamen und Promotion arbeitete er 1929–1933 in der Diözesanverwaltung des Bistums Rottenburg. In engem Kontakt mit seinem Bundesbruder Josef Beyerle, württembergischer Justizminister und Vorsitzender der württembergischen Zentrumspartei, leitete er 1931–1933 Parteiorganisation von Stadt- und Oberamtsbezirk Rottenburg am Neckar. Nach 1934 war Gebhard Müller als Amts- und Landgerichtsrat im württembergischen Justizdienst tätig. Nach der Besetzung Stuttgarts wurde Müller von der französischen Besatzungsmacht zunächst als Oberstaatsanwalt, danach als Leiter der Stuttgarter Justizdelegation in Tübingen, endlich als Ministerialdirektor im Justizministerium eingesetzt. Hier gründete er die CDU von Württemberg-Hohenzollern, deren Landesvorsitzender und Landtagsfraktionsvorsitzender er wurde. Nach dem überraschenden Tod des württemberg-hohenzollerischen Staatspräsidenten Lorenz Bock wählte der Landtag Gebhard Müller am 13. August 1948 zum neuen Staatspräsidenten. In dieser Funktion trat er mit aller Entschiedenheit gegen die restriktive Demontage-Politik der französischen Besatzungsmacht auf. Zugleich setzte er sich von Anbeginn für die Vereinigung der drei südwestdeutschen Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern ein und wurde zu einem entscheidenden Promotor des Südweststaats. Nach seiner Amtszeit als letzter Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern leitete Müller als Vorsitzender der CDU-Opposition die Beratungen des Verfassungsausschusses der Verfassunggebenden Landesversammlung. Nach dem Rücktritt Reinhold Maiers wurde er am 30. September 1953 zum neuen baden-württembergischen Ministerpräsidenten gewählt. Mitte November 1958 nahm er die Berufung in das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts an, das er bis zum Eintritt in den Ruhestand

1971 ausübte. Gebhard Müller starb am 7. August 1990.

Aus Anlaß des runden Geburtstags bereitet das Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine Wanderausstellung über das Leben und Werk dieses großen Katholiken, Juristen und Politikers vor. Sie wird am 14. April 2000 im Landtag von Baden-Württemberg eröffnet, zeitgleich mit der Vorstellung des gedruckten Inventars des schriftlichen Nachlasses von Gebhard Müller, der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrt wird.

Danach wird die Gebhard-Müller-Ausstellung an folgenden Orten in und außerhalb Baden-Württembergs zu sehen sein: im Berufsschulzentrum Biberach an der Riß vom 8. bis 26. Mai 2000, im Bundesverfassungsgericht Karlsruhe im Juni 2000, im Staatsarchiv Sigmaringen im Juli 2000, im Bundesarchiv Koblenz im August 2000, im Staatsarchiv Wertheim im September 2000, in der Vertretung des Landes beim Bund in Berlin 2001, im Graf-Zeppelin-Museum Friedrichshafen im März 2001. Weitere Stationen sind in Vorbereitung.

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung sind darüber hinaus an den baden-württembergischen Stationen der Ausstellung Fortbildungsseminare zur Nachkriegsgeschichte Südwestdeutschlands in Vorbereitung. Zur Ausstellung wird ein reich bebildeter Katalog erscheinen.

Das Hauptstaatsarchiv setzt mit der Ausstellung zu Gebhard Müller die Reihe biographischer Ausstellungen der staatlichen Archivverwaltung über bedeutende politische Persönlichkeiten der südwestdeutschen Nachkriegsgeschichte fort. In dieser Reihe wurden bisher der erste Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Reinhold Maier, der Ministerpräsident von (Süd-)Baden Leo Wohleb, der Landesdirektor von Nordbaden und ehemalige Reichsfinanzminister Heinrich Köhler sowie Staatsrat Carlo Schmid, Justizminister von Württemberg-Hohenzollern und langjähriger Vizepräsident des Deutschen Bundestags, gewürdigt ■
Hochstuhl



Dr. Gebhard Müller bei einer Wahlversammlung der CDU im Museum in Tübingen, 1952.
Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart